

# 1. Beilage zum „Niejaer Tageblatt“.

Druck und Verlag von Berger & Wittenberg in Nieja. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Nieja.

N 146.

Sonnabend, 27. Juni 1903, abends.

36. Jahrg.

## Ueber unerhörte sozialdemokratische Betrügereien bei den Reichstagswahlen

Bringt die „Post“, das bekannte freikonserervative Organ, einen kassen erregenden Artikel, dem wir das Folgende entnehmen:

„Daß die Sozialdemokratie durch direkte betrügerische Manipulationen ihrem Stimmenzuwachs aufhelft, ist schon wiederholt auf Grund verdächtiger Wahrnehmungen vermutet worden, aber der klare Nachweis wurde bisher noch nicht geführt. Jetzt ist es gelungen, in zahlreichen Fällen den alles Erdenkliche übersteigenden Betrug klar nachzuweisen. Die Sozialdemokratie, welche weder Schranken des Gesetzes noch der Moral kennt, wenn es sich um die rücksichtslose Verfolgung ihrer Parteinteressen handelt, hat es verstanden, in Berlin — und jedenfalls auch an zahlreichen anderen Orten im Reich, wo sie fest organisiert ist — sowohl Abwesende wie Tote an die Wahlurne zu bringen, um sie dort für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen zu lassen. Am Stichtag veröffentlichte der „Vorwärts“ ein schwülstiges Gebicht, in welchem die Märzgefallenen aus ihren Gräbern zitiert wurden, um sich des „roten“ Sieges zu freuen. Bei dieser poetischen Zitiierung der Geister Verstorbenen ist es nicht geblieben, auf sozialdemokratisches Gebot sind auch in der Wirklichkeit erst kürzlich verstorbene Tote, die noch in den Wahllisten standen, aus den Gräbern heraufbeschworen, um als „Genossen“ an die Urne zu treten.“

Den großen sozialdemokratischen Wahlschwindschwindel aufzudecken, ist an der Hand von Druckaufhebungen an die Wähler, und zwar im 2. Berliner Wahlkreis, möglich geworden. Diese Aufhebungen sind in diesem Jahre zum ersten Male durch die Post erfolgt. Von den verschickten Briefen an die 81 000 Wähler des zweiten Berliner Wahlkreises sind etwa 5000 als unbestellbar zurückgekommen mit Bemerkungen wie: „Adressat verstorben“, „unbekannt verzogen“, „A. verzogen nach (Angabe des Ortes)“. Von diesen 5000 verzogenen oder verstorbenen Adressaten haben aber nichts desto weniger rund 1000 gewählt! Unter diesen Wählern befindet sich z. B. der seit längerer Zeit in Ewinemünde wohnende Kaufmann Hoetscher, auf dessen Namen am 16. Juni gewählt worden ist, obgleich Hoetscher am Stichtag gar nicht in Berlin gewohnt hat, ferner der Chemiker Auerbach, welcher seit vier Wochen in der Kassenapotheke in Lohrn tätig ist, auf dessen Namen aber ebenfalls am 16. Juni gewählt worden ist. Höchst merkwürdig ist es, daß im Hause Blücherstraße 67 sieben Wahlberechtigte verzogen waren, unbekannt wohin, und daß diese sieben dennoch sämtlich gewählt haben.

Im 95. Bezirke ereignete sich der wunderbare Fall, daß auch ein Wähler sein Wahlrecht ausgeübt hat, obgleich er im Gefängnis zu Tegel saß! Wie bereits erwähnt, sind sogar Tote herangeschleppt. Wir führen hier einige Namen und Adressen an, welche beweisen, in welchem Umfange der unerhörteste Wahlschwindel von den „Genossen“ betrieben ist. Es wählten im

95. Bezirk: Heinrich, Gottlieb, Invalide, Mödnerstraße 94 (befindet sich im Gefängnis Tegel). 92. Bezirk: Matze, Ernst, Referendar, Teltowstraße 16 (verstorben). 24. Bezirk: Schmidt, Gottfried, Korbmacher, Anhalterstraße 7 (verstorben). 145. Bezirk: Robert, Karl, Arbeiter, Dieffenbachstraße 68 (verstorben). 125. Bezirk: Horn, Wilhelm, Kaufmann, Jossenerstraße 40 (nach Stuttgart verzogen). 34. Bezirk: Etlich, Ernst, Maurer, Puttkamerstraße 17 (nach Drewitz bei Wittenberg verzogen). 119. Bezirk: Koller, Walter, Lithograph, Solmsstraße 30 (nach Heilbronn verzogen). 93. Bezirk: Kampfmieder, Walter, Teltowstraße 2 (nach Magdeburg, Brandenburgerstraße 2 a bei Jäger verzogen). 64. Bezirk: Fehr, Ernst, Kaufmann, Dennewitzstraße 9 (unbekannt verzogen). 123. Bezirk: Vohr, Heinrich, Rentier, Plan Ufer 17 (nach Grünheide i. M. verzogen). 77. Bezirk: Krause, Wilhelm, Kaufmann, Kirchbachstraße 7 (nach Köln verzogen).

Ein höchst auffälliger Vorgang hat sich noch in einem Wahlbezirke des zweiten Berliner Wahlkreises abgespielt. Es erschien dort Vormittags ein Mann, welcher auf den Namen Henk wählte. In der Liste stand aber nur der Name Henk verzeichnet, und infolge dessen ward er nicht zur Wahl zugelassen. Nachmittags 5 Uhr erschien derselbe Mann wieder, um diesmal auf den richtigen Namen Henk zu wählen. Er hatte inzwischen wohl bei einem „Genossen“ einige Nachhilfe im Lesen erhalten. Seiner begnügte sich der Wahlvorsteher damit, den Betrüger zurückzuweisen, anstatt ihn gleich festzunehmen zu lassen. Ein anderer Mann kam, um auf den Namen seines Bruders zu wählen. Er hätte es auch anstandslos getan, wenn er nicht am Wahlvorstandstische erkannt wäre. Als er auf das Unzulässige seines Verlangens aufmerksam gemacht wurde, spielte er noch den Betrücker und meinte ärgerlich, sein Bruder habe ihm eigens gesagt, daß er keine Zeit habe, deshalb solle er für ihn wählen.

Die angeführten Fälle genügen wohl, um zu beweisen, wie systematisch der Schwindel betrieben ist. Da bereits Anzeige erstattet wurde, wird wohl die eingehende Untersuchung dieser sauberen Schwindelmannöver nicht lange auf sich warten lassen. Es ist auch bereits Protest gegen die Wahl eingelegt und es wird sich bei einer Neuwahl zeigen, ob die Sozialdemokratie ohne Schwindel wieder 34 000 Stimmen zusammenbringt.

Interessant ist es, daß auch in der Provinz sozialdemokratische Wahlschwünge wahrgenommen sind. So hat in Königsberg ein Freund der „Ostpreussischen Stg.“, wie diese schreibt, bei der Hauptwahl vor dem Wahllokal gehört, wie ein „Genosse“ den anderen fragte: Wie oft hast Du schon gewählt? Der andere zog darauf mehrere der bekannten Wahlbenachrichtigungskarten aus der Tasche und antwortete: Dreimal, jetzt kann ich aber nicht mehr. Es scheint, meint das genannte Blatt, daß die Sozialdemokratie auf Grund dieser Postkarten die Stimmen für auswärts wohnende oder sonst verhinderte Wähler abgeben läßt. In dem geschilderten Falle waren die beiden Personen verschwunden, bevor es dem Gewächsmann gelang, einen Schutzmann zu finden. — Wir müssen dem zitierten Blatte die Gewähr für Richtigkeit seiner Meldungen überlassen. An und für sich scheint es allerdings nicht unmöglich, daß derartige grobe Betrügereien vorgenommen werden können.

## Preßstimmen zur Reichstagswahl.

Bei der Besprechung der Stichwahlresultate herrscht über einstimmend die Auffassung, daß das Resultat im allgemeinen zu erwarten war, nur hätte man vielmehr noch auf größeren Erfolg der Sozialdemokratie gerechnet. Auch die anfänglich ausgesprochene Ansicht, daß keine wesentliche Verschiebung auf Seiten der Reichsparteien eintreten werde, hat sich bestätigt.

Die links-nationalliberalen „Nat.-Stg.“ schreibt u. a.: Die Regierung kann trotz des Wachstums der Sozialdemokratie verhältnismäßig zufrieden sein. Sie ist von einer Anzahl der besten Schreier befreit und kann sowohl gute Handelsverträge, wie die notwendigen Militär- und Marineverträge mit der Aussicht auf Annahme bezw. Verhängung einbringen. Vor allen Dingen hat sie die Lehre erhalten, daß die agrarische Macht eine Grenze hat und daß die Zugeständnisse an die Agrarier nicht nur nicht vermehrt zu werden brauchen, sondern vielmehr ein Minimum von den gar zu agrarischen Wählern sich empfiehlt. Auch für die nationalliberalen Fraktion ist diese letzte Lehre der Beachtung dringend zu empfehlen.

Die „Post“ schließt ihre Betrachtungen mit folgenden Worten: Auch für den ruhigen Gang der inneren Reichspolitik liegt nach den Erfahrungen des letzten Jahres in der erheblichen Verkürzung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eine ernsthafte Gefahr, der man nur dann wohl vorbeugen können, wenn Regierung und Reichspartei sich klar bewußt bleiben, daß die Hebung der sozialdemokratischen Bewegung die Signatur der nächsten Legislaturperiode sein muß, wenn beide Regierung und Reichstagsmehrheit, in diesem Sinne entschlossen und planmäßig handeln; darauf kommt es vor allem an. Zur Regierung und Reichstagsmehrheit ihre Pflicht, so kann aus dem Ergebnisse der jählichen Reichstagswahlen eine heilsame Gegenwirkung gegen die sozialdemokratische Bewegung hervorgehen, andernfalls werden diese Reichstagswahlen zweifellos einen mehr als bedenklichen Fortschritt der Sozialdemokratie auf dem Wege zur Erringung der Macht in Deutschland bedeuten.

Die „Berl. Neuesten Nachr.“ sagen: Ein arger Dummheit wäre derjenige, der das Ergebnis des Stichwahlkampfes in irgend einer Weise beschreibend nennen wollte. Denn es bestätigt fast alle Befürchtungen, die schon nach der Hauptwahl ausgesprochen werden mußten. Die Sozialdemokratie hat wahrhaft erschreckende Erfolge zu verzeichnen, selbst in manchen Kreisen, zu deren Vertiefung alle anderen Parteien sich verbanden hatten. Das Königreich Sachsen wird im Reichstage durch 22 Sozialdemokraten vertreten sein. Von den Haupt- und Nebenstädten hat Berlin ein einziges seiner sechs Mandate, und auch dieses nur mit knapper Not, gegen die Sozialdemokraten behauptet, denen München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt u. a. vollständig anheimgefallen sind. Zum ersten Male, seitdem es einen Reichstag gibt, ist auch Belpzig der Sozialdemokratie erlegen, und zwar durch die Schuld des Freisinnigen, der in der Stichwahl nicht nur nicht für den Fortschrittlichen eingetreten ist, sondern, den Parteien nach, den Sozialdemokraten als unterstützt haben muß.

Das „Berliner Tagebl.“ meldet: „Wird sich schon durch das Aufgeben der Wähler und des Anwachsens der Sozialdemokratie das Ansehen des Reichstages ändern, so kann auch nicht geleugnet werden, daß sich insgesamt der Schwerpunkt des Reichstages mehr nach links bewegt hat. Es ist kein Zweifel, aber doch eine Verschiebung nach links. Wie weit der neue Reichstag fruchtbringende Arbeit zu leisten vermag, steht noch dahin, aber etwas feste Lust wird er in das inflexible Hand am Königsplatz hineindrängen.“

Die „Täg. Rundsch.“ schreibt: „Wer in der Gestaltung des Reichstages eine bessere Gewähr für das Zustandekommen der Handelsverträge sieht, wird uns vorläufig noch immer als Optimist erscheinen. Die 81 Sozialdemokraten sind Gegner von Handelsverträgen auf Grund des Tarifs. Die Handelsverträge aber werden so ziemlich die erste Aufgabe sein, mit der man die neuen Herren befragen wird. Also kann es nicht geschehen, daß wir bereits über ein kleines von neuem zu wählen haben!“

Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt: „Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter und die sozialdemokratische Presse in ein Jubelgespräch über die Verluste des Bundes der Landwirte ausbricht, so wenig berechtigt dies auch sein mag. Der Einfluß des Bundes im neuen Reichstag ist durchaus derselbe geblieben. Von einem Zurückgehen des agrarischen Elements ist absolut keine Rede, wenn auch einige Führer z. B. nicht dem Reichstag angehören. Diese Herren setzen ja, Gott sei Dank, auch noch andere Mittel und Wege zu Gebote, um außer-

halb des Reichstags für die Sache der deutschen Bauern zu wirken.“

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Folgende Grundzüge für die Vergebung von Lieferungen für das Heer hat der preussische Kriegsminister in einem an die Handelskammer in Gora, K. S., gerichteten Bescheide niedergelegt: „Die Aufgabe der Staatsverwaltung, die heimische Industrie durch Anwendung von Aufträgen nach Möglichkeit zu unterstützen, wird auch von der Heeresverwaltung voll gewürdigt. Im diesseitigen Bereiche ist deshalb seit einer längeren Reihe von Jahren Anordnung dahin getroffen, daß grundsätzlich überall, soweit es ohne Schädigung der Interessen des betreffenden Verwaltungszweiges irgend möglich ist, bei stattfindenden Beschaffungen die deutsche inländische Produktion und Industrie zu bevorzugen ist. Tatsächlich findet auch die Verwendung ausländischer Erzeugnisse, für die gleichwertiger inländischer Erzeugnisse vorhanden ist, bei den unterstellten Verwaltungen nur in letzteren Ausnahmefällen statt. Die weitergehende Forderung der Handelskammer, beim Wettbewerb deutscher und ausländischer Erzeugnisse den Kostenpunkt nur im Falle erheblicher Preisunterschiede zu berücksichtigen, im übrigen aber bei gleicher Güte stets dem deutschen Erzeugnis den Vorzug zu geben, widerspricht jedoch der jeder Staatsverwaltung obliegenden Pflicht, ihren Bedarf auf möglichst billigem Wege zu decken, und kann als berechtigt nicht anerkannt werden. Wenn die Handelskammer annimmt, daß die Heeresverwaltung der Landwirtschaft gegenüber in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehme, so liegt eine tatsächliche Auffassung vor. Nach den einschlägigen Bestimmungen wird beim Bezuge landwirtschaftlicher Erzeugnisse dem Ankauf aus erster Hand nur insoweit der Vorzug gegeben, als es möglich ist, auf diesem Wege ohne Verletzung des Naturals und ohne sonstige wirtschaftliche Nachteile den Bedarf rechtzeitig zu decken. Von dem gleichen Gesichtspunkte wird auch bei etwaiger Beschaffung ausländischer Naturals ausgegangen.“

Die Reichstagswahlresultate stellen sich nunmehr, nachdem noch einige Ergänzungen und Richtigstellungen erfolgt sind, folgendermaßen:

Name der Partei	Wahlstand am 30. Sept. 1903	Wahlstand am 16. Juni 1903	Veränderung im Reichstagswahlstand am 26. Juni	Wahlstand der Parteien nach dem 26. Juni
Konservative Reichspartei	52	31	23	54
Deutschnationale Reformpartei	20	6	11	17
Nationalliberale Zentrum	10	1	9	10
Freisinnige Vereinigung	51	5	46	51
Freisinnige Volkspartei	105	88	11	99
Süddeutsche Volkspartei	14	—	9	9
Sozialdemokraten	27	—	20	20
Polen	7	—	6	5
Dänen	58	55	26	51
Wälfen	14	14	2	16
Estländer	7	—	5	5
Wälfen	1	1	—	1
Wälfen	10	6	3	9
Wälfen	22	4	4	8
Bauernbund	—	3	1	4
Bund der Landwirte	—	—	2	2
Nationalsozialisten	—	—	1	1
Christlich-Sozialisten	—	—	1	1

An dieser Zusammenstellung fehlen nur die Ergebnisse aus zwei Wahlkreisen, darunter Bsp. Detmold, wo erst am 27. Juni die Stichwahl stattfand. Das Endresultat dieser drei Wahlkreise wird also das Bild nicht wesentlich verrücken. Es haben also Mandate gewonnen: Die Konservativen 1, die Polen 2 und die Sozialdemokraten 23. Ihren Besitzstand gewahrt haben die Nationalliberalen, die deutschnationale Reformpartei und die Dänen. Neu eingetreten als Parteien sind der Bauernbund mit 4, der Bund der Landwirte mit 2 Mandaten, die Nationalsozialisten und die Christlich-Sozialisten mit je einem Mandat. Alle übrigen Parteien haben Mandate verloren und zwar: die Reichspartei 3, das Zentrum 6, die Freis. Vereinigung 5, die Freis. Volkspartei 7, die süddeutsche Volkspartei 2, die Wälfen 2, die Estländer 1; die Wälfen haben sich um 14 vermindert.

Wahlunruhen werden aus einigen Orten berichtet. So meldet die „Dortmunder Zeitung“ aus Dortmund: Nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses sammelte sich auf den Straßen eine dichte Menschenmenge an, unter welchen sich besonders viele junge Burschen befanden, welche Hochrufe auf die Sozialdemokratie ausbrachten. Ein Kommissar und acht Schutzleute forderten die Menge auf, sich zu zerstreuen. Die Beamten wurden jedoch verhöhnt. Auch nachdem ein Inspektor und 25 Mann zu Hilfe gekommen waren, gelang es nicht, die Ruhe herzustellen. Als die Beamten nun energisch vorgehen, wurden aus den Häusern und von den Dächern derselben Bierflaschen, Blumentöpfe usw. auf die Straße geworfen. Endlich gelang es der Gendarmen- und den Beamten der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen. Bei dem Zusammenstoß hat ein Kommissar eine Handverletzung davongetragen und einige Schutzleute erhielten Verletzungen durch Messerstiche. — Weiter wird aus Gagen, 26. Juni, berichtet: Nach Verkündigung des Resultats der Stichwahl kam es zu großen Ausschreit-